8. XI. 1914.

Und in Oesterreich?

Fast unmittelbar nach Kriegsbeginn ist in Oesterreich das Verlangen nach Festsetzung von Höchstpreisen für Getreide gestellt worden. Zunächst von den Konsumenten, die durch die Preistreiberien der Spekulation aufgeschreckt wurden, dann, je weiter die Erzeße in der Preisbildung ausarteten, auch von jenen Kreisen, die wir sonst als die gebornen Freunde teurer Brotfrucht kennen, von den Agrariern selbst. Und endlich, gegen das Ende des dritten Kriegesmonats, hörte man, daß die Frage von den Behörden ernstlich studiert, daß Verhandlungen zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung stattfinden, daß die amtliche Festsetzung der Höchstpreise für Getreide unmittelbar bevorstehe. In den letzten Tagen haben sich große ungarische Mühlen geweigert, Mehl zu verkaufen, und haben diese Politik merkwürdigerweise damit begründet, daß sie nicht wüßten, zu welchem Preise sie den Weizen würden zahlen müssen. Heute aber hat die Börse, die in der vorigen Woche — in der Erwartung von Höchstpreisen — sich zu einem freilich recht unbedeutenden Entgegenkommen bereitgefunden hatte, keine Spur von Mengslichkeit mehr gezeigt. Im Gegenteil. Die Forderungen für alle Getreidearten, Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, Mais, wurden beträchtlich in die Höhe gesetzt: für den Meterzentner Marchfelder Roggen zum Beispiel wurden 34 Kronen gefordert und bezahlt. Es scheint, daß sich die Börse vor den Höchstpreisen nicht fürchtet, daß sie entweder glaubt, daß diese Höchstpreise noch höher sein werden als die unerträglichen Preise, die heute gelten, oder daß die Verordnung schon so viele Hintertürchen offen lassen werde, als notwendig sind, damit sie unwirksam werde. Alles, was bis jetzt geschehen ist, besteht in der Vorschrift, daß vom 1. Dezember an dem Brotmehl eine bestimmte Menge von Gerstenmehl (oder Maismehl) zugesetzt werden muß. Aber wenn ein Meterzentner Gerste 30 Kronen kostet, so kann diese Maßregel offenbar zur Verteidigung der Brotpreise nichts oder fast nichts beitragen und ganz sicherlich muß sie von jenen als unzureichend betrachtet werden, die glauben, daß es sich in erster Linie nicht einmal so sehr um preispolitische Wirkungen als darum handelt, für die Ernährung unserer Bevölkerung planmäßige Vorsorge zu treffen.

In Oesterreich geschieht also vorläufig nichts und wir können nur hoffen, daß die verantwortlichen Stellen sich ihrer Verantwortung wohl bewußt und aus der genauen Kenntnis der Verhältnisse heraus zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß das Nichteingreifen des Staates die richtige und zweckmäßige Politik sei. In anderen Staaten denkt und handelt man anders.

In der Schweiz hat die staatliche Fürsorge sofort am Tage der Kriegserklärung zwischen Deutschland und Frankreich eingesezt. Die Schweiz erzeugt kaum ein Fünftel ihres Getreidebedarfes im eigenen Lande, sie ist also auf den Import von Getreide im höchsten Maße angewiesen. Das ist sonst die Aufgabe des privaten Handels und es würde den Händlern wohl auch während des Krieges möglich gewesen sein, Getreide in genügenden Mengen in die Schweiz zu bringen. Aber dann wäre das Schweizer Volk diesen Händlern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert gewesen. Was tut also der Bundesrat? Er übernimmt selbst die Einfuhr von Getreide, bewirkt durch ein Abkommen mit den kriegsführenden Staaten daß die vom Bunde gemieteten Dampfer auf der Seereise unbehindert bleiben und der Weizen, als dem Bunde gehörig, auf den französischen und

italienischen Bahnen prompt befördert wird. Diesen Weizen gibt der Bund den Mältern zum Preise von dreißig Franken für den Meterzentner unter der Bedingung, daß sie das Mehl zu dem vom Bund festgesetzten Preise von 38 Franken verkaufen. Es ist niemandem verboten, Weizen in die Schweiz zu importieren; aber da der private Händler mit Risiken zu rechnen hat, die der Bund nicht treffen können, so hat der Getreidehandel vollständig aufgehört. Der Bund hat, nicht rechtlich, aber praktisch, durch eine Verordnung von vierzig Druckzeilen das Getreidehandelsmonopol etabliert. Das „eidgenössische Amt für Getreideversorgung“ wird von dem Präsidenten der Züricher Getreidebörse Herrn Loosli geleitet. Acht Beamte genügen, um den ganzen Apparat zu bedienen, nicht bürokratisch-verzopft, sondern nach kaufmännischen Grundsätzen. Das Schweizer Volk freut sich seiner gesicherten Brotversorgung und zahlt für sein Brot einen Preis, der um die Hälfte billiger ist als in Oesterreich. Der Bund hat ein schwieriges Problem mit Ernst angepackt und glänzend gelöst.

In Deutschland sind Höchstpreise für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer festgesetzt worden, und zwar niedrigere Preise, als sie sich vorher im freien Handel gebildet hatten. Die Händler, die die Preise getrieben hatten, hatten eben den Schaden getragen. Parte Rückfichtnahme auf die Interessen der Händler ist der Regierung des Deutschen Reiches weniger wichtig erschienen als die Wahrung der Interessen des Volkes. Aber bei der Regulierung der Getreidepreise ist Deutschland nicht stehen geblieben. Es hat auch den Preis für Zucker normiert und hat in den jüngsten Tagen den Verkauf von Kartoffelmehl monopolisiert. Nachdem die Regierung dafür gesorgt hatte, daß im ganzen Reich Anstalten zum Trocknen der Kartoffeln errichtet werden, hat sie nun verfügt, daß alles Kartoffelmehl aus-

schließlich an eine von ihr gegründete und kontrollierte besondere Anstalt verkauft werden dürfe. Deutschland wird also viel billigeres Kartoffelmehl haben. In Oesterreich ist der Preis dieses wichtigen Ersatzmittels in den letzten vier Wochen um fast die Hälfte gestiegen. Denn es ist nichts geschehen, um die Produktionsmöglichkeiten zu vermehren.

In Oesterreich, und in Oesterreich allein, glaubt man, ohne das Eingreifen des Staates auskommen zu können. Auch die österreichischen Agrarier sind diesmal mit uns der Meinung, daß diese Politik weder der Landwirtschaft noch den Konsumenten nütze. Aber wenigstens die Börse hat ihre begeisterte Zustimmung kundgetan und die Preise steigen weiter und weiter.